



**Geschäftsführung
Ausschuss für die Gleichstellung von
Frauen und Männern**

Herr Neweling

Telefon: (0221) 26348

Fax: (0221) 26462

E-Mail: Frank.Neweling@Stadt-koeln.de

Datum: 14.06.2021

Niederschrift

über die **2. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung von Frauen und Männern** in der Wahlperiode 2020/2025 am Freitag, dem 28.05.2021, 15:07 Uhr bis 16:04 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

INFEKTIONSSCHUTZ:

Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an! Das Tragen einer medizinischen Maske/FFP2 Maske ist vorgeschrieben.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Teresa De Bellis-Olinger	CDU
Frau Sarah Niknamtavin	DIE LINKE
Frau Dilan Yazicioglu	GRÜNE
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Mario Michalak	GRÜNE
Herr Floris Rudolph	GRÜNE
Frau Sanae Abdi	Auf Vorschlag von SPD
Herr Lukas Lorenz	SPD
Frau Monika Möller	SPD
Frau Claudia Heithorst	CDU
Herr Werner Marx	CDU
Frau Christina Dumstorff	Auf Vorschlag von FDP
Frau Susanne Groß	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Herr Matthias Büschges	AfD
Frau Dr. Marita Alami	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Julie Cazier	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Willi Harz	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Dr. Helen Eckmiller	Auf Vorschlag von SPD
Frau Eva Pohl	Auf Vorschlag von SPD

Frau Eva-Maria Gärtner-Plückthun	Auf Vorschlag von CDU
Herr Dr. Thomas Günther	Auf Vorschlag von CDU
Frau Alexandra Herzog	Auf Vorschlag von FDP
Frau Katja Krämer	Auf Vorschlag von Volt
Frau Silvia Marchais-Raytchevska	Auf Vorschlag von GUT Köln
Frau Dr. Klara Groß-Elixmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Maria Kunz	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Presse

Zuschauer

Frau Carina Giuliani	Gleichstellungsbeauftragte der Kliniken der Stadt Köln gGmbH
Frau Gabriele Bänsch	Amt für Schulentwicklung, Schulsozialarbeit
Frau Laura Mayer	Fraktionsassistentin Bündnis 90/Die Grünen

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Frau Birgit Beate Dickas	Die PARTEI
Frau Lara Schneider	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Paula Risius	Auf Vorschlag von SPD
Frau Prof. Dr. Anja Karlshaus	Auf Vorschlag von CDU
Frau Dorsa Billstein	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Ulrich Höddinghaus	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Inge Linne	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Carine Weber	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Frau Ausschussvorsitzende RM De Bellis-Olinger eröffnet die 2. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wahlperiode 2020/2025 um 15:07 Uhr und begrüßt die Mitglieder des Gremiums, die Vertreter*innen der Verwaltung und die Besucher*innen. Sie weist auf die Corona-Schutzbestimmungen hin.

Für die Verwaltung anwesend: **Frau Mötting**, Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern, **Frau Engel**, stellv. Leiterin des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern, **Frau Koenen**, Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern, **Frau Rehberg** und **Herr Michaelis**, Amt für Integration und Vielfalt.

Anwesend waren zudem **Frau Pollex**, Gesamtpersonalrat, und **Frau Holzhauer**, Gesamtschwerbehindertenvertretung.

VOR EINTRITT IN DIE TAGESORDNUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Ausschuss die **Schriefführung** und die **Tonaufzeichnung der Sitzung**.

Bestellung Schriefführung für den Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern
1474/2021

Beschluss:

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern bestellt für seine Sitzungen mit sofortiger Wirkung Herrn Frank Neweling (Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern) zum Schriefführer.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Aufzeichnungen der Sitzungen des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern
1475/2021

Beschluss:

Zur Unterstützung der Schriefführung werden Tonaufzeichnungen von den Sitzungen des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern gefertigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

I. Öffentlicher Teil

A Videobotschaft Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Die Videobotschaft wird mit folgendem Wortlaut präsentiert:

„Sehr geehrte Frau De Bellis-Olinger,

sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern,

liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

herzlich willkommen zur ersten Sitzung des Kölner Gleichstellungsausschusses. Die Gleichstellung von Männern und Frauen spielt in Köln schon sehr lange eine ernstzunehmende Rolle. Wir waren Pionierinnen und Pioniere: Bereits 1982 wurde in Köln bundesweit das erste Frauenamt eingerichtet. Bis heute hat sich darüber hinaus in Köln ein stabiles und breit aufgestelltes Frauenhilfenetzwerk entwickelt.

Heute wollen wir den Fokus vor allem auf die Themen richten, in denen wir aktuell Förderungs- und Verbesserungsbedarf sehen. Die Pandemie hat uns deutlich gemacht, wie viele Stellen es noch gibt, an denen die Gleichberechtigung hinter dem Systemerhalt ansteht. Homeschooling und die Carearbeit, die Retraditionalisierung der Geschlechterrollen und auch der nicht von der Hand zuweisende Fakt, dass es in

unserer Gesellschaft eben vor allem Frauen sind, die systemrelevante Berufe in der Pflege, in den Schulen und Kindergärten, aber auch im Einzelhandel übernehmen. All diese Bereiche sind stark von der Krise betroffen und zeigen uns, wie sehr die Gleichberechtigung ins Wanken gerät, wenn der Ernstfall eintritt.

Wir müssen und können in dieser Zeit viel lernen. Und sollten dringend die Erkenntnisse nutzen, um für die Zukunft bessere Voraussetzungen zu schaffen. Mit dem Gleichstellungsausschuss haben wir einen Diskussions- und Lösungsraum für diese Problemstellungen geschaffen.

Ich bin auf die Zusammenarbeit sehr gespannt und hoffe, dass dieser Ausschuss den hohen Erwartungen, die an ihn gestellt werden, gerecht werden kann. Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Ausschusssitzung mit vielen neuen Impulsen.“

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker begrüßt den Ausschuss und seine Mitglieder mit einer Videobotschaft.

B Verpflichtung von sachkundigen Einwohner*innen und Bürger*innen

Die anwesenden sachkundigen Einwohner*innen und Bürger*innen, die bisher noch nicht verpflichtet wurden, werden von der Vorsitzenden des Ausschusses verpflichtet, ihre Aufgabe als sachkundiger Einwohner*innen und Bürger*innen nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Anwesend waren und verpflichtet wurden:

Frau Sanae Abdi, Monika Möller, Frau Christina Dumstorff, Frau Susanne Groß, Frau Dr. Marita Alami, Frau Julie Cazier, Herr Willi Harz, Frau Dr. Helen Eckmiller, Frau Eva Pohl, Frau Eva-Maria Gärtner-Plückthun, Herr Dr. Thomas Günther, Frau Alexandra Herzog, Frau Katja Krämer, Frau Silvia Marchais-Raytchevska, Frau Maria Kunz und Dr. Klara Groß-Elixmann.

Die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Teresa De Bellis-Olinger, verpflichtet die anwesenden sachkundigen Einwohner*innen und Bürger*innen gemäß § 58 GO NRW in Verbindung mit § 5 der Hauptsatzung.

Begrüßung des Ausschusses durch die Vorsitzende, Frau Teresa De Bellis-Olinger:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich sehr, heute den ersten Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern leiten zu dürfen und begrüße Sie alle sehr herzlich.

Erlauben Sie mir vorab ein paar Worte. Gleichstellung am Rande zu erwähnen, weil es gerade chic ist oder weil es irgendwie dazu gehört, nur um politisch korrekt zu sein, genügt nicht! Wenn man eine Veränderung herbeiführen will, muss man sich auch ernsthaft mit der Gleichstellung auseinandersetzen.

Für die zukünftige Arbeit stelle ich mir vier Säulen vor:

Erstens sollten wir nach innen wirken und die Gleichstellung innerhalb der Verwaltung voranbringen. Dann sollten wir die Gleichstellung von Frauen und Männern in beide

Richtungen ernst nehmen. Wir müssen also auch Angebote für Jungs und Männer schaffen. Drittens ist das Wirken nach außen wichtig, dabei geht es um Gleichstellung im Handwerk, in der Forschung und in der Wirtschaft. Säule vier trägt die Überschrift „Gender Planning“. Wir möchten das Köln zu einer Stadt wird, in der sich alle Geschlechter wohlfühlen. Dabei geht es einerseits um Angsträume zu beseitigen und andererseits öffentliche Räume zu schaffen, die sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen von Mädchen und Jungen, Frauen und Männern orientieren.

Das alles zeigt, dass Gleichstellung ein bedeutendes und überaus wichtiges Thema für unsere Gesellschaft ist und sein muss. Daher hat der Rat der Stadt Köln ganz bewusst entschieden, diesen Ausschuss ins Leben zu rufen.

Das starke Signal, das wir damit aussenden ist: Wir wollen Gleichstellung in unserer Stadt – in der Arbeitswelt, im täglichen Miteinander, einfach in allen Lebensbereichen.

Wir wollen nicht nur Beschlüsse herbeiführen, sondern diese auch kontrollieren. Dabei nehmen wir die Zeit und die konsequente Umsetzung in den Fokus, so dass Gleichstellung nicht nur so nebenbei läuft, sondern zu einer Selbstverständlichkeit wird.

Wir wollen dafür sorgen, dass keiner und keine mehr Gleichstellung als Randthema abtun kann. Jede*r ist dazu aufgefordert, sich für die Gleichstellung von Frau und Mann einzusetzen.

Gleichstellung ist ein demokratischer Wert.

Lassen Sie uns also gemeinsam konstruktiv daran arbeiten, die Gleichstellung in Köln voranzubringen.“

Hinweis zu den Tischvorlagen:

Frau Vorsitzende De Bellis-Olinger weist auf den **Jahresbericht 2020 vom Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern** hin. Der Jahresbericht kommt auf die Tagesordnung der nächsten Ausschuss-Sitzung am 21. Juni 2021.

Verabschiedung TO

Die Verwaltung bittet darum, folgende TOP aufzunehmen:

Die Anfragen 1.3, 1.4, drei Änderungsanträge zu 2.1 und die Beantwortung einer Anfrage durch die Verwaltung unter 4.7.

1.3 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Gleichheitsgrundsatz bei städtischen Toilettenanlagen"
AN/1120/2021

1.4 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Therapie-konzepte für Frauen mit sexualisierter Gewalterfahrung"
AN/1119/2021

zu 2.1: Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt zu 2.1 – Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in den städtischen Gebäuden
AN/1162/2021

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke und FDP zu 2.1 – Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in den städtischen Gebäuden
AN/1170/2021

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Die Linke, FDP-Fraktion, Volt Ratsgruppe Gut zu 2.1. – Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in den städtischen Gebäuden
AN/1172/2021

- 4.7 Beantwortung einer Anfrage im Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren zu "Häusliche Gewalt in der Corona-Krise"
2002/2021

Der Ausschuss beschließt die Erweiterung der TO einstimmig und es ergibt sich folgende TO:

I. Öffentlicher Teil

- A Videobotschaft Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker
- B Verpflichtung von sachkundigen Einwohner*innen und Bürger*innen

1 Schriftliche Anfragen und deren Beantwortung

- 1.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Sachstand zum 3. Frauenhaus in Köln"
AN/0469/2021

Antwort der Verwaltung
0896/2021

- 1.2 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Gender Budgeting"
AN/0969/2021

Antwort der Verwaltung
1765/2021

- 1.3 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Gleichheitsgrundsatz bei städtischen Toilettenanlagen"
AN/1120/2021

- 1.4 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Therapiekonzepte für Frauen mit sexualisierter Gewalterfahrung"
AN/1119/2021

2 Anträge

- 2.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in den städtischen Gebäuden"
AN/0471/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt zu 2.1 – Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in den städtischen Gebäuden
AN/1162/2021

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke und FDP zu 2.1 – Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in den städtischen Gebäuden
AN/1170/2021

Änderungsantrag der Faktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, Die Linke, FDP-Fraktion, Volt Ratsgruppe Gut zu 2.1. – Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in den städtischen Gebäuden
AN/1172/2021

3 Allgemeine Vorlagen

3.1 Änderung der Hauptsatzung, hier: Erweiterung der Entsendung sachkundiger Einwohner*innen durch die Seniorenvertretung (Wirtschaftsausschuss, Digitalisierungsausschuss, Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Gleichstellungsausschuss)
0329/2021

3.2 Kölner Lebenslagenbericht
0615/2020

3.3 Controllingbericht zum 1. Gleichstellungsplan für 2019 - 2023
3641/2020

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Respektvoll, diskriminierungsfrei und zugewandt: Leitfaden für eine wertschätzende Kommunikation bei der Stadt Köln
0409/2021

4.2 Evaluierungsbericht des Sachstandsbericht der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus
0632/2021

4.3 Corona-Pandemie: Auswirkungen auf die Gleichstellung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen
2645/2020

4.4 „Das ist alles unsere Lebenszeit. Ältere Lesben und Schwule in der Corona-Krise“; eine Publikation des rubicon e.V.
1222/2021

4.5 Ergebnisse einer Befragung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf LSBTIQ-Jugendliche
1342/2021

4.6 Praxishandbuch "Vielfalt Pflegen" - eine Publikation des Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben (KSL) NRW
1599/2021

4.7 Beantwortung einer Anfrage im Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren zu "Häusliche Gewalt in der Corona-Krise"
2002/2021

5 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

6 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Schriftliche Anfragen und deren Beantwortung

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Sachstand zum 3. Frauenhaus in Köln" AN/0469/2021

Frau SB Möller fragt, was der Grund dafür ist, dass es noch keine Förderzusage des Landes gibt bzw. welche Vorgaben die Stadt zu leisten hat, um eine Förderzusage überhaupt zu bekommen.

Frau Mötting verweist auf den NRW-Pakt gegen Gewalt, dessen Entwurf am 6. April 2021 vom Landesministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung veröffentlicht wurde und seitdem in NRW diskutiert wird. Verschiedene Anti-Gewalt-Maßnahmen sind in einem Stufenplan eingebracht. Der NRW-Pakt gegen Gewalt beinhaltet neben den Themen Zwangsverheiratung, Genitalverstümmelung und Täterarbeit u.a. auch die Themen Frauenhäuser bzw. sogenannte Powerhäuser. Ein Powerhaus ist auch in Köln vorgesehen.

Die Stadt Köln hat sich u. a. bereit erklärt, als Pilotprojekt tätig zu werden. Bei einem Powerhaus geht es darum, bestehende Angebote, die es in der Stadt schon gibt, zusammenzuführen, Anlaufstellen zu schaffen und den Bekanntheitsgrad der Frauen-Hilfstrukturen zu erhöhen.

Dafür gäbe es zusätzliche Gelder vom Land. Dazu hat das Netzwerk „Häusliche Gewalt“ sich entschieden, dies mit dem Ratsbeschluss für ein drittes Frauenhaus aus September 2020 zu verknüpfen und beide Angebote – Powerhaus und drittes Frauenhaus – unter ein Dach zu bringen. Dazu tagt ein Arbeitskreis, der eine Gesamtkonzeption erstellt, die zu gegebener Zeit dem Land bzw. Frau Ministerin Scharrenbach vorgestellt wird.

Frau SB Möller bittet um Unterrichtung über die weitere Entwicklung im Ausschuss;
Frau Mötting sichert zu, dass die Verwaltung dem nachkommt.

**Antwort der Verwaltung
0896/2021**

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

1.2 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Gender Budgeting" AN/0969/2021

**Antwort der Verwaltung
1765/2021**

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

1.3 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Gleichheitsgrundsatz bei städtischen Toilettenanlagen" AN/1120/2021

Der Ausschuss stellt die Anfrage zurück.

1.4 Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend "Therapiekonzepte für Frauen mit sexualisierter Gewalterfahrung" AN/1119/2021

Frau RM Yazicioglu bittet um die Ergänzung von „Migrantinnen“ in der o. g. Anfrage.

Der Ausschuss stellt die Anfrage zurück.

2 Anträge

2.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend 'Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in den städtischen Gebäuden' AN/0471/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt zu 2.1 – Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in den städtischen Gebäuden AN/1162/2021

Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke und FDP zu 2.1 – Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in den städtischen Gebäuden AN/1170/2021

Änderungsantrag der Faktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, CDU-fraktion, Die Linke, FDP-Fraktion, Volt Ratsgruppe Gut zu 2.1. – Kostenlose Menstruationsartikel an Kölner Schulen und in den städtischen Gebäuden AN/1172/2021

Frau Vorsitzende De Bellis-Olinger weist daraufhin, dass heute der Internationale Tag der Menstruation ist. 2004 hat Kenia als erstes Land die Mehrwertsteuer auf Menstruationsartikel erlassen. In Deutschland sind es 7 Prozent und man solle sich hier ein Beispiel an Kenia nehmen. Das Online-Magazin Neon und das Startup Einhorn waren Vordenker dieser Initiative.

Es liegen drei Änderungsanträge zu dem Antrag der SPD vor: Ein Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt (AN/1162/2021), ein Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke und FDP (AN/1170/2021) und ein gemeinsamer Änderungsantrag der Faktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, CDU-fraktion, Die Linke, FDP-Fraktion, Volt und der Ratsgruppe Gut (AN/1172/2021) vor.

Frau RM Karadag zieht den Änderungsantrag AN/1162/2021 zurück und bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag AN/1172/2021.

Frau SB Abdi zieht den Änderungsantrag AN/1170/2021 zurück und bittet ebenfalls um Abstimmung über den Änderungsantrag AN/1172/2021.

Frau Vorsitzende De Bellis-Olinger lädt den Ausschuss zur Beratung über den Änderungsantrag AN/1172/2021 ein und bittet um Wortbeiträge.

Frau RM Karadag:

„Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Verwaltung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Periode darf kein Luxus sein. Wir freuen uns sehr, dass dieser neue Gleichstellungsausschuss, der heute zum ersten Mal tagt, sich nicht scheut, heute ein leider immer noch schambefahenes Thema anzusprechen und auf die Tagesordnung zu nehmen. Wir bedanken uns bei der SPD, die die Antragsinitiative gestartet hat, auch wenn der Weg zum gemeinsamen Änderungsantrag teilweise Menstruationsbeschwerden bereitet hat. Wichtig ist, dass wir in Köln jetzt diese Initiative auf den Weg bringen, denn gerade wir in Köln setzen uns für eine offene und auch sozial unabhängige Gesellschaft ein und möchten auch, dass Periode kein Luxus ist. Menstruationsartikel kosten grundsätzlich nicht viel Geld, aber wenn man nicht viel hat, wenn man arm ist oder nur Taschengeld hat oder nicht mal das, dann ist das eine große Hürde, dass man auf Produkte angewiesen ist und diese nicht erhält. Und dann ist es auch ein großes Hemmnis, irgendwo danach zu fragen. Man schämt sich und das Problem wird immer nur größer. Wir haben ein Problem der Ungleichbehandlung und deshalb ist es in diesem Ausschuss richtig verortet, denn dieses Problem trifft nur Menstruierende.

Es ist wichtig, dass wir in Köln diese Initiative starten, weil wir uns auch in den letzten Monaten dadurch hervorgetan haben, dass wir in den letzten Monaten gesagt haben, die ärmeren Stadtteile werden bei uns bevorzugt geimpft. Die soziale Frage steht hier im Vordergrund und sollte mit Anträgen wie diesem und auch Initiativen aus der Stadt heraus beurteilt, aber auch zum größten Teil gelöst werden, dass sie keine Frage mehr aufwirft.

Ich möchte noch sagen, dass ich es persönlich, gerade am heutigen Tage, ganz wichtig finde, dass wir diese Initiative auf den Weg bringen und dass wir auch einen diskriminierungsfreien Umgang mit dem Thema und auch an den Schulen und in den Jugendeinrichtungen etablieren können und dass es auch wichtig ist, dass städtische Gebäude mitumfasst sind, damit wir als Stadt einen guten Weg und eine Vorbildfunktion in dieser Richtung haben und dass dann irgendwann zum Usus wird, man nicht mehr darüber reden muss und es dann ganz normal ist, dass überall Artikel, auf die 50 Prozent der Bevölkerung angewiesen sind, einfach auslegen und es keine soziale Frage ist. Dankeschön.“

Frau SB Abdi:

„Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Verwaltung, liebe Kolleg*innen,

Ihnen liegt jetzt unser Antrag zu kostenlosen Menstruationsartikeln an Schulen und städtischen Gebäuden, ursprünglich vom 3. April vor. Nachdem unser ursprünglicher

Antrag leider aufgrund einer fehlenden Deckungszusage drohte, von der Tagesordnung genommen zu werden, haben wir uns bemüht, einen Kompromiss auszuarbeiten. Womit wir die Verwaltung mit der Prüfung beauftragen, ist, das „Wie“ der Umsetzung zu prüfen. Ich möchte hier ein kurzes Gespräch schildern, das ich bei der Erarbeitung dieses Antrags hatte. Ich habe mit einer Sekretärin aus einer Kölner Schule gesprochen, die mir geschildert hat, dass sie einen Privatvorrat an Menstruationsartikeln dabei hat, den sie Schüler*innen zur Verfügung stellt, die durchaus beschämt sind, danach zu fragen. Das hat mir gezeigt, dass eine Sensibilisierung an dieser Stelle sehr wichtig ist, und dieses Gefühl zu haben, beschämt nach Menstruationsartikeln fragen zu müssen, das sollte kein Kölner Kind haben.

Wir freuen uns nun, dass wir uns gemeinsam auf einen Änderungsantrag einigen konnten, der hier auch breite Zustimmung findet. Schließlich geht es uns allen um die Sache und um eine zügige Umsetzung und dabei sollte es egal sein, welche Farbe die Handschrift trägt. Ich freue mich, dass es jetzt so dazu gekommen ist.“

Frau RM Heithorst:

„Verehrte Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen,

da müssen wir erst im 21. Jahrhundert Menschheit ankommen, um sowas dann auch in Köln zu behandeln. Wir freuen uns, dass die SPD und auch die anderen Fraktionen mit auf unseren Antrag drauf gegangen sind. Sachverstand und Qualität setzt sich ja bekanntlich mitunter mal durch. Wir freuen uns und danken auch der Verwaltung für den Prüfantrag und die Antworten, die uns dann vorgestellt und zur weiteren Entscheidung bearbeitet werden. Vielen Dank.“

Frau SB Dumstorff:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Bedeutung dieses Antrags gerade am heutigen Tage wurde schon vielfach angesprochen und auch ich möchte diese noch einmal hervorheben. Wir als FDP-Fraktion freuen uns daher sehr, diesen Änderungsantrag fraktionsübergreifend mittragen zu können. Die Menstruation ist immer noch mit Schamgefühl und gesellschaftlicher Ausgrenzung von Menstruierenden verbunden. Gerade an Schulen und Jugendeinrichtungen, wo die Betroffenen oft jung sind und meistens noch nicht so viel Erfahrung im Umgang mit der Periode haben, ist dies ein wichtiges Zeichen, um dieses Problem anzugehen. Menstruationshygieneprodukte sollten zur sanitären Grundausstattung gehören wie Wasser und Seife. Daher freue ich mich sehr über diesen Antrag und möchte diesen unterstützen. Danke.“

Herr RM Büschges:

„Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Mitglieder der Verwaltung, liebe Ausschussmitglieder,

es ist viel Richtiges gesagt worden. Ein Wort aus der Debatte möchte ich gerne noch aufgreifen, nämlich schamhaft. Das was uns in dem Änderungsantrag fehlt, ist die hygienische Umgebung, die geschaffen werden müsste, damit Menstruierende sich dann auch wohlfühlen können, wenn sie die Artikel verwenden. Das funktioniert in Schulen oder auch in Einrichtungen nicht zwangsläufig auf einer unhygienischen

Schultoilette. Daher ist das eine Anregung der AfD-Fraktion, das mit aufzunehmen und zu sagen, wir schaffen auch noch eine hygienische Umgebung auf den Toiletten, das heißt sowas wie Desinfektionsspender, sowas wie kleine Toiletten, dass man sich dort auch wohlfühlen kann und etwas von dieser Scham verlieren kann. Dankeschön.“

Auf Nachfrage von **Frau Vorsitzende De Bellis-Olinger** erläutert **Herr RM Büschges**, dass sein Hinweis als Anregung für die anderen Fraktionen und nicht als Änderungsantrag zu verstehen sei.

Frau Vorsitzende De Bellis-Olinger weist darauf hin, dass man die Frage nach Desinfektionsmitteln in Schulen auch unabhängig von der Pandemie stellen kann und verweist auf eine mögliche Anfrage im Schulausschuss.

Abstimmungsergebnis:

- I. Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, CDU-fraktion, Die Linke, FDP, Volt und Ratsgruppe Gut
Einstimmig **zugestimmt**.
- II. Damit sind die Abstimmungen zu dem Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt, dem Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Die Linke und FDP sowie zum ursprünglichen Antrag der SPD-Fraktion entbehrlich.

3 Allgemeine Vorlagen

3.1 Änderung der Hauptsatzung, hier: Erweiterung der Entsendung sachkundiger Einwohner*innen durch die Seniorenvertretung (Wirtschaftsausschuss, Digitalisierungsausschuss, Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Gleichstellungsausschuss) 0329/2021

Beschluss:

- I. Der Rat beschließt, dass die SVK-Stadtkonferenz zukünftig auch sachkundige Einwohner*innen für die Fachausschüsse des Rates vorschlagen darf, in denen die Themen Allgemeine Verwaltung sowie Digitalisierung, Wirtschaft und Gleichstellung behandelt werden.
- II. § 23 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Köln wie folgt geändert:
(4) Die SVK-Stadtkonferenz kann Mitglieder als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in den für Soziales, Gesundheit, Verkehr, Kultur, Sport, Umwelt, Stadtentwicklung, Jugend, Schule und Weiterbildung, Bauen, Wohnen, Anregungen und Beschwerden, Digitalisierung, Wirtschaft, Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Gleichstellung zuständigen Fachausschüssen vorschlagen. Hierfür schlägt die SVK-Stadtkonferenz aus ihrer Mitte je ein Mitglied und eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter für den Verhinderungsfall vor. Auf Vorschlag der SVK-Stadtkonferenz wählt der Rat diese gem. § 58 Abs. 4 GO in die Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

3.2 Kölner Lebenslagenbericht 0615/2020

Frau Mötting berichtet, dass es zwar keine Vorlage des Amtes für Gleichstellung von Frauen und Männern ist, die Dienststelle aber im Arbeitskreis für die Erstellung beteiligt war, da es einen Geschlechterbezug bei vielen Themen gibt. Als Beispiele nennt sie unter anderem die Beschäftigung von Frauen, Care-Arbeit, Elternzeit, häusliche Gewalt und Altersarmut. Für die zukünftigen Berichte werden die Daten zu Gewalt an Frauen gesondert erfasst.

Beschluss:

1. Der Rat nimmt den 1. Kölner Lebenslagenbericht 2020 zur Kenntnis.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung auf Basis der Erkenntnisse des Lebenslagenberichts über Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Lebenslagenbereichen mit der Verstetigung und dem Ausbau einer integrierten, strategischen Sozialplanung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

3.3 Controllingbericht zum 1. Gleichstellungsplan für 2019 - 2023 3641/2020

Frau Vorsitzende De Bellis-Olinger erläutert die gesetzliche Verpflichtung der Arbeitgeberin, den Controlling Bericht alle zwei Jahre zu erstellen.

In einer Wortmeldung bedankt sich **Frau SB Möller** und stellt Nachfragen zu den Maßnahmen geschlechterspezifische Bewerberschulung und Veränderung der Eltern-Kind-Büros, die mit blau hinterlegt sind. Es bliebe unklar, ob diese in abgewandelter Form umgesetzt werden oder komplett entfallen sollen. **Frau SB Möller** fragt auch nach, ob die Einrichtung zur Tages- und Großtagespflege eröffnet wurde und wie sie angenommen wird.

Frau Mötting berichtet auf die letzte Nachfrage, dass erfreulicherweise für die städtischen Mitarbeitenden Betriebs-Kitaplätze angeboten werden könnten. Ab Ende Juni 2021 wird am Alter Markt eine Großtagespflege entstehen, sowie eine weitere in Köln-Deutz mit jeweils neun Plätzen geplant. Im August 2021 wird eine Kita in Kalk eröffnet, in der ebenfalls bis zu 20 Plätze vorgesehen seien. Dies seien alles zusätzliche Kapazitäten. Eine Anfrage im städtischen Intranet wäre bereits erfolgt. Das Angebot wird bedarfsgerecht weiter ausgebaut.

Frau Mötting erklärt, dass in den Eltern-Kind-Büros keine Änderungen vorgesehen seien, die vorhandenen Kapazitäten sollen weiter ausgebaut werden. Dies sei aber aufgrund fehlender Raumkapazitäten schwierig. Bei Neuanmietungen und Umzügen würde das Thema stetig mitgedacht. Eine Übergangslösung mit einem Spielekoffer wurde geschaffen und könnte von Dienststellen angeschafft und Mitarbeitenden ausgeliehen werden.

Frau Engel berichtet zu den Bewerberschulungen, dass das ursprünglich für Frauen vorgesehene Angebot aufgrund der Rückmeldungen für beide Geschlechter geöffnet worden wäre. Frauen hätten von der Anwesenheit beider Geschlechter profitiert, so dass sie in dieser Form fortgesetzt würden.

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales beschließt den ersten Controllingbericht zum 1. Gleichstellungsplan 2019 – 2023 „Auf geht’s – nach oben!“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**.

4 Mitteilungen der Verwaltung

**4.1 Respektvoll, diskriminierungsfrei und zugewandt: Leitfaden für eine wertschätzende Kommunikation bei der Stadt Köln
0409/2021**

Frau SB Möller bedankt sich in ihrer Wortmeldung und merkt an, dass der Komplex Antisemitismus zu kurz käme und nur an einer Stelle Erwähnung finde. Gründe sehe sie darin, dass er bereits vor vielen Jahren erstellt worden ist. Der Bericht müsse so zur Kenntnis genommen werden, allerdings gibt sie zu Bedenken, dass das Thema, da zunehmend, anders berücksichtigt werden müsse. Die Stadt Köln habe zwei Stellen in NS-Dok geschaffen, die antisemitische Übergriffe erfassen und Betroffene beraten würden. Sie regt an, dass zusätzlich zu diesen Berichten ein Sachstandbericht über die Arbeit der NS-Dokumentationszentren erstellt werden könne.

Frau Rehberg antwortet auf diese Anfrage, dass dieses Thema selbstverständlich zum heutigen Standpunkt anders betrachtet werden müsse und dies in der nächsten Evaluation in Kooperation mit dem NS-Dok spezifischer berücksichtigt wird.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung mit den Ergänzungen zur Kenntnis.

**4.2 Evaluierungsbericht des Sachstandsbericht der Stadt Köln zum 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus
0632/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.3 Corona-Pandemie: Auswirkungen auf die Gleichstellung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen
2645/2020**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.4 „Das ist alles unsere Lebenszeit. Ältere Lesben und Schwule in der Corona-Krise“; eine Publikation des rubicon e.V.
1222/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.5 Ergebnisse einer Befragung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf LSBTIQ-Jugendliche
1342/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.6 Praxishandbuch "Vielfalt Pflegen" - eine Publikation des Kompetenzzentrum Selbstbestimmt Leben (KSL) NRW
1599/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.7 Beantwortung einer Anfrage im Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren zu "Häusliche Gewalt in der Corona-Krise"
2002/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

6 Mündliche Anfragen

Frau SB Möller stellt eine mündliche Anfrage, dass in absehbarer Zeit der Controllingbericht zur Europäischen Charta vorgelegt werden.

Frau SB Möller stellt eine weitere Anfrage, dass der Bericht über Sexarbeit und spezifische Hilfsangebote in Köln von 2021 im nächsten Ausschuss vorgelegt wird, da dieser zuletzt im Sozialausschuss vorgestellt wurde. **Frau Vorsitzende De Bellis-Olinger** bestätigt dies.

Frau Mötting erläutert, dass geplant sei, den Controlling Bericht zum Gleichstellungsaktionsplan bezüglich der EU-Charta am 21. Juni im Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern vorzulegen.

Es gibt keine weiteren mündlichen Anfragen.

Teresa De Bellis-Olinger
Ausschussvorsitzende

Frank Neweling
Schriftführer